

Migration und Politik

Im Nationalrat stimmt kein einziger Volksvertreter ausserhalb der SVP-Fraktion für die vom Volk geforderte Begrenzung der Einwanderung. Die Realität taucht auf dem Radar der Politiker höchstens verschleiert auf.

Philipp Gut

Das Interesse war rekordverdächtig: Im Nationalrat meldeten sich 115 Redner zur Nachhaltigkeitsinitiative der SVP zu Wort. Das Schweizer Radio und Fernsehen, das sicher nicht im Verdacht steht, eine allzu Volkspartei-freundliche Haltung einzunehmen, hielt fest: «Die Zuwanderung bleibt das politische Tophema.» Umso erstaunlicher wirkt da, wie die übrigen Parteien auf diese Herausforderung

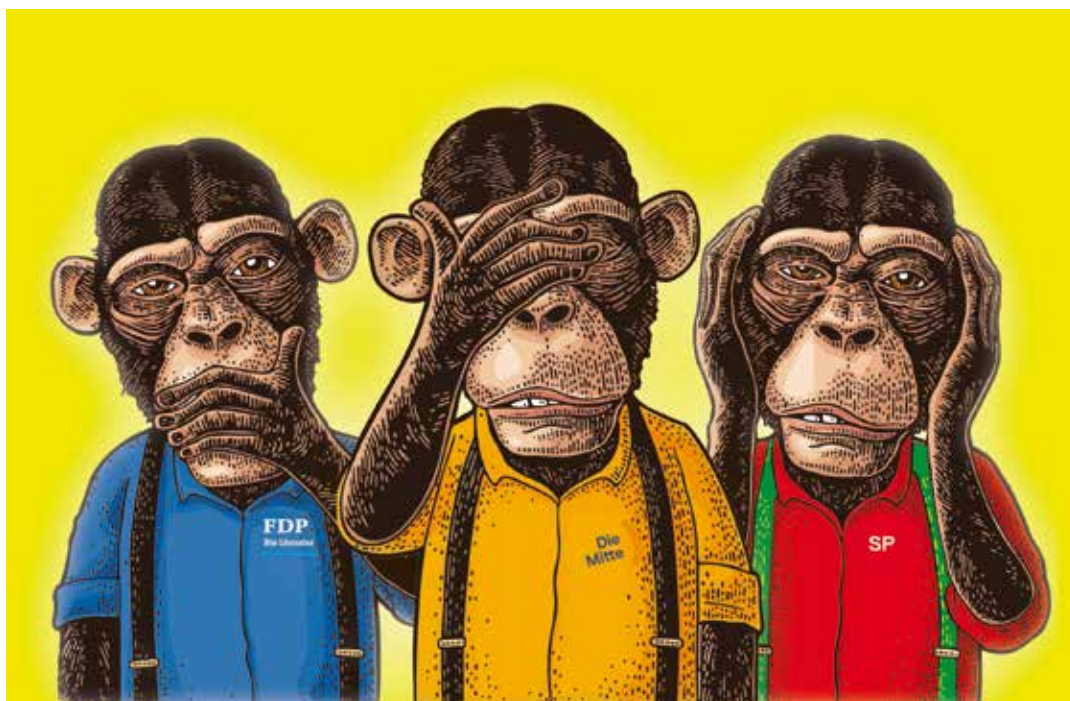
*Sogar das SRF hielt fest:
«Die Zuwanderung bleibt
das politische Tophema.»*

Nummer eins reagieren. Die Mehrheit versenkte die Initiative mit maximaler Deutlichkeit: mit 121 zu 64 Stimmen, bei 6 Enthaltungen, wobei die SVP-Fraktion 67 Mitglieder umfasst. Was für ein Verdikt! Damit befürwortet in der Grossen Kammer kein einziger Volksvertreter einer Partei ausser der SVP die Idee einer Zuwanderungsbremse, wenn der Andrang weiter so stark bleibt und die Bevölkerung weiter so rasant wächst («Keine 10-Millionen-Schweiz»).

Sechzehnmal mehr als Deutschland

Beinahe noch bemerkenswerter als das einseitige Resultat ist die Tatsache, dass die übrigen Parteien, von Linken und Grünen bis zur FDP, auch inhaltlich keinen Millimeter nachgeben, ja nicht einmal das Problem sehen wollen. Sie weigern sich schlicht, die offensichtlichen Missstände anzuerkennen, die jeder jeden Tag erlebt: verstopfte Strassen, überfüllte Züge, kaum mehr bezahlbare Wohnungen, überbaute Landschaften, überlastete Sozialwerke. Auch wirtschaftlich geht die Rechnung nicht auf: Das Pro-Kopf-Einkommen stagniert oder sinkt sogar.

Die Dimensionen dieser Wanderungsbewegung in nur eine Richtung sind eindrücklich. Die Schweizer Bevölkerung wuchs seit dem Jahr 2000 um 25 Prozent. Das ist sechzehnmal mehr



Sorgen und Nöte der Bevölkerung?

als in Deutschland. Seit Einführung der vollen Freizügigkeit mit der EU ist das Wachstum noch grösser. Im Vergleich zum nördlichen Nachbarn, immerhin ja auch ein Einwanderungsland, nähert sich die Differenz einem Faktor zwanzig! Und die Prognosen gehen nicht von einer Trendwende aus, im Gegenteil. Mit den vom Bundesrat ausgehandelten neuen Verträgen mit Brüssel wird die Schweiz für EU-Einwanderer noch attraktiver, dank noch schnellerer Niederlassung und noch einfacherem Zugang zu den hochdotierten Schweizer Sozialwerken (Stichwort «Unionsbürgerrichtlinie»).

Während das Volk unter der Zuwanderung also ächzt und stöhnt, stellen sich die Volksvertreter taub und blind. Für SP-Co-Präsidentin Mattea Meyer ist die Wirtschaft und insbesondere das Gesundheitswesen dringend auf ausländische «Fachkräfte» angewiesen; Meyer sprach von 400 000 Personen allein in den nächsten fünf Jahren. Sie verstieg sich gar zur Aussage, die von der SVP geforderte Steue-

rung der Zuwanderung mittels Kontingenten erinnere an dunkle Zeiten. Dabei hat das Volk 2014 die Masseneinwanderungsinitiative angenommen, die genau dies festschreibt. Der berühmte Artikel 121a der Bundesverfassung lautet: «Die Schweiz steuert die Zuwanderung

Der Vorschlag der SVP sei «brutal gegen die Interessen der Bevölkerung gerichtet», poltert Cédric Wermuth.

von Ausländerinnen und Ausländern eigenständig. Die Zahl der Bewilligungen für den Aufenthalt von Ausländerinnen und Ausländern in der Schweiz wird durch jährliche Höchstzahlen und Kontingente begrenzt.» Dunkel, dunkel.

Für Genossen wie Samira Marti setzt die Initiative den Lohnschutz aufs Spiel, während Jon Pult der SVP vorwirft, mit dem Zuwanderungsthema Ängste zu schüren und Eric Nussbaumer

von einem «gefährlichen Irrweg» spricht. Der Vorschlag der SVP sei «brutal gegen die Interessen der Bevölkerung gerichtet», poltert Cédric Wermuth, neben Meyer Co-Präsident der Sozialdemokraten. Die Beziehungen zu Europa derzeit aufs Spiel zu setzen, grenze an «geopolitischen Selbstmord».

Die Grünen kümmern's nicht

Realitätsverweigerung auch bei den Grünen: Greta Gysin redet von einer «Abschottungsinitiative» und wähnt, diese könnte das Asylrecht gefährden und dazu führen, dass Schutzsuchende keine Hilfe mehr erhielten. Für ihren Parteikollegen Nicolas Walder ist die Nachhaltigkeitsinitiative schlicht eine «Mogelpackung». Und Michael Töngi findet es «heuchlerisch, wenn die SVP die hohen Mietzinse für ihre Initiative instrumentalisiert», wie er der Partei unterstellt.

Die Ironie, dass ausgerechnet die Wachstumskritiker und selbsternannten Umweltschützer der Grünen sich um eine Begrenzung der Zuwanderung foutieren, ist mit Händen zu greifen. Zubetonierung der Schweiz? Zersiedelung der Landschaft? Zunahme des Verkehrs? Steigerung von Energieverbrauch und CO₂-Ausstoss? Ist den Grünen völlig egal, wenn Ausländer die Treiber sind. Die umweltrelevanten Faktoren der Massenzuwanderung sind belegt und enorm – aber die Grünen kümmern's nicht.

Die rosarote Brille mit Wirklichkeitszeichner setzen auch die Freisinnigen vom bürgerlichen Lager auf. Eine stabile Zuwanderung von jungen Erwerbstätigen sei nicht zuletzt für die Finanzierung der AHV nötig, meinte Peter Schilliger, während Regine Sauter versuchte, die Wahrnehmung und Lösung realer Probleme zu pathologisieren («Angst war schon immer ein schlechter Ratgeber»). Kein Verständnis für die Sorgen und Nöte der Bevölkerung zeigte auch FDP-Nationalrätin Kris Vietze, die zu Protokoll gab: «Ohne starke Wirtschaft würden wir nicht über volle Züge diskutieren, sondern über leere Portemonnaies.» Ihrer Ansicht nach gefährdet die von Volk und Verfassung geforderte Steuerung der Zuwanderung also den Wohlstand der Schweiz.

Wenig von den negativen Folgen einer solchen Politik der offenen Grenzen wollen auch die Grünliberalen wissen. «Machen wir doch

unseren Erfolg nicht selbst kaputt», so Parteipräsident Jürg Grossen. Etwas mehr auf den Wählerwillen und den wachsenden Unmut in der Bevölkerung ging die Mitte ein, sie wollte der SVP-Initiative einen Gegenvorschlag entgegenstellen, der allerdings ebenso chancenlos blieb. Zuwanderung beschäftige die Menschen, deshalb brauche es klare Regeln, um sie zu steuern, sagte der neue Parteipräsident Philipp Matthias Bregy, um allerdings sofort Abbitte leistend nachzuschieben: «Aber wir dürfen die bilateralen Verträge nicht aufs Spiel setzen.»

Fazit: Bei diesem Thema gibt es nur noch zwei Parteien – die SVP und die anderen. Diese Fundamentalablehnung, diese Phalanx

Politiker üben einen Job aus, der ausser Konkurrenz durch jede Zuwanderung steht.

der Politiker setzt sich nahtlos in den Medien fort. Die Journalisten singen, genauso wie der SP-GP-GLP-FDP-Block, das Hohelied der ungesteuerten Zuwanderung (siehe auch die Kolumnen von Christoph Mörgeli und Kurt W. Zimmermann in dieser Ausgabe). «Es kommen viele, aber die Richtigen» titelte die NZZ, während deren Sonntagsausgabe in fast schon religiös anmutender Verückung formulierte: «Der Zuwanderung sei Dank». «Die Schweiz hat eine Spitzenposition – dank der Zuwanderung», jubelte der *Tages-Anzeiger*. «Wir brauchen Zuwanderung für unsere Krankenkassen», schrieb die *Basler Zeitung*. «Die Zuwanderung verjüngt die Bevölkerung», feierte die *Aargauer Zeitung*.

Wortreich vermittelte Scheinwelt

Bei so vielen Hymnen und so viel vorsätzlicher Schönschreibung kann es fast nicht ausbleiben, dass sich die tatsächliche Lage dennoch ab und an durch die Hintertür in die Redaktionsstuben schleicht. Zeitgleich mit der Nationalratsdebatte meldete der linke *Tages-Anzeiger* auf der Front: «Zehntausende Frauen kommen per Familiennachzug in die Schweiz – und bleiben ohne Arbeit». Das ist das Gegenteil dessen, was die Politiker und Journalisten uns jetzt tagelang eingetrichtert haben: Es kommen die Richtigen, es kommen die Fachkräfte, es kommen die Steuerzahler, die unsere Altersvorsorge retten.

Angesichts dieser Diskrepanz zwischen den realen Zuständen – von der steigenden Import-Kriminalität und vom milliardenteuren Asyl-Schwindel haben wir noch gar nicht gesprochen – und der Scheinwelt, die uns da wortreich vermittelt wird, stellt sich die Frage, warum ausgerechnet die Gattung der Politiker sich derart vom Boden der Tatsachen und einer nüchternen Betrachtung derselben entfernt. Ein offenkundiges, immer wieder demonstriertes Motiv ist zweifellos, dass sich im informellen Zwei-

parteiensystem «alle gegen die SVP» der stillschweigende oder auch abgesprochene Konsens etabliert hat, alles, was von der Volkspartei kommt, zu bekämpfen, und sei es auch nur deshalb, weil es von ihr kommt, und die stärkste politische Kraft im Land nicht noch stärker zu machen.

Von der Leyen lüpft die Augenbraue

Ein weiterer Grund, der in der Debatte der letzten Tage und Wochen deutlich wurde und von vielen Rednern direkt oder indirekt ausgesprochen wurde, liegt sicher in der herrschenden EU-Fixiertheit dieser Kreise, die wie das Kaninchen vor der Schlange sitzen und in vorausseilendem Gehorsam alles unterlassen, was eine Ursula von der Leyen dazu verleiten könnte, missbilligend auch nur die Augenbraue zu lüpfen. Was nur ein bisschen nach Eigenständigkeit und Widerspruch gegen Brüssels kontinentale Hegemonieansprüche aussieht, wird niedergebügelt («geopolitischer Selbstmord»).

Eine weniger eingestandene Ursache für diesen Graben zwischen dem Volk und seinen parlamentarischen Vertretern dürfte schliesslich auch ganz banal darin zu suchen sein, dass diese, anders als der Rest der Bevölkerung, einen Job ausüben, der ausser Konkurrenz durch jede Zuwanderung steht. Kein Deutscher, kein Portugiese kann einem Nationalrat das Mandat wegschnappen. So lässt sich trefflich über die angeblichen Vorteile des Phänomens einer unkontrollierten Massenzuwanderung philosophieren, während die Nachteile, die ausserhalb der Berner Blase handfeste und teils bedrohliche Wirklichkeit sind, wenn überhaupt, dann nur verschleiert auf dem Radar erscheinen.

LA CASA DEL HABANO

La excelencia del fumar.



Samuel Menzi
Bleicherweg 18, CH-8002 Zürich
Tel. 044 202 12 11
www.la-casa-del-habano.ch

Öffnungszeiten:
Di-Fr 10.00–18.00 / Sa 10.00–16.00 Uhr



„Wir verkaufen jetzt alles, besonders frisch...“